

## **Beschlussvorlage**

**öffentlich**

<b>Zur Sitzung</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
Haupt- und Finanzausschuss Rat der Stadt	18.02.2019 25.02.2019	Vorberatung Entscheidung

---

### **Betreff**

#### **Gründung einer Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH (DIG)**

### **Beschlussentwurf**

1. Der Rat der Stadt Duisburg stimmt der Gründung einer inhousefähigen Infrastrukturgesellschaft zusammen mit der Hafen Duisburg AG im Verhältnis 75,1% der Gesellschaftsanteile für die Stadt Duisburg und zu 24,9% der Gesellschaftsanteile für die Hafen Duisburg AG zu. Die Gesellschaft trägt den Namen DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH.
2. Zum Vertreter der Stadt Duisburg in der Gesellschafterversammlung der DIG wird der Oberbürgermeister benannt. Für den Fall der persönlichen Verhinderung gilt die vom Rat der Stadt Duisburg gemäß Anlage 2 zu DS 4024 am 01.07.1997 beschlossene Vertretungsreihenfolge (Vertretung durch die Verwaltung).
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Rechtshandlungen für die Gründung der unter 1. dieses Beschlussentwurfes genannten Gesellschaft vorzunehmen.

**Finanzielle Auswirkungen im städt. Haushalt:**

☒ **Ja** (das Formular ist als Anlage beizufügen.)

☐ **Nein**

**Gender Mainstreaming-Relevanz**

☐ **Ja**

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung erfolgt im Kontext der Drucksache, ggf. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Wird eine auffällige Abweichung zwischen den Geschlechtern deutlich, ist diese hervorzuheben, zu analysieren und es ist darzulegen, wie die geschlechtsspezifischen Unterschiede berücksichtigt wurden.)

☒ **Nein**

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung entfällt aus folgenden Gründen:

Es handelt sich um einen gesellschaftsrechtlichen Gründungsvorgang.

---

L I N K

M U R R A C K

H A A C K

**Problembeschreibung / Begründung**Hintergrund

Die verkehrliche Infrastruktur der Stadt Duisburg ist in vielen Bereichen erneuerungsbedürftig. Die personellen Bedarfe für eine Erneuerung stellen die Stadt vor beträchtliche Herausforderungen. Dies resultiert einerseits aus der haushälterischen Situation der Stadt, als auch aus der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt, auf dem zur Zeit deutlich eingeschränkt Fachkräfte verfügbar sind. Letzteres ist der guten konjunkturellen Lage, aber auch einer Vielzahl von Förderprogrammen mit dem Schwerpunkt der Infrastrukturerneuerung geschuldet.

Der Duisburger Hafen und alle dort beheimateten Logistikunternehmen brauchen zwingend eine intakte verkehrliche Infrastruktur (dem wachsenden Schwerlastverkehr angemessene Straßen und Brücken mit auch langfristig leistungsfähigen Anschlüssen zu den Hauptverkehrsnetzen). Die Duisburger Hafen AG besitzt ein umfassendes Know-How und entsprechende Personalressourcen, um Infrastrukturprojekte umzusetzen.

Die Stadt möchte die bei der Duisburger Hafen AG liegenden Ressourcen für Infrastrukturprojekte, die von absolut hoher Bedeutung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Hafens sind, ergänzend zu eigenen Anstrengungen zum beiderseitigem Vorteil nutzen. Die Duisburger Hafen AG ist vor dem Hintergrund drohender eigener finanzieller Einbußen durch eine nicht ausreichend leistungsfähige verkehrliche Infrastruktur sehr daran interessiert, dass die Arbeiten zur Sicherung dieser Infrastruktur möglichst zügig und effizient erfolgen und ist deshalb bereit, die eigenen Ressourcen für ausgewählte Projekte einzubringen.

#### Vorgehen

Zur Umsetzung dieser Ziele bilden die Stadt Duisburg und die Duisburger Hafen AG eine gemeinsame Infrastrukturgesellschaft. Zur Sicherung der Inhousefähigkeit erhält die Stadt 75,1% und Duisburger Hafen AG 24,9% der Gesellschaftsanteile. Die Duisburger Hafen AG selbst befindet sich zu 100% in öffentlicher Hand.

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung sowie der Beirat. Der Duisburger Hafen AG steht das Vorschlagsrecht für die Geschäftsführung der Gesellschaft zu. Die Gesellschafterversammlung beschließt die Entlastung der Geschäftsführung, die Feststellung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht und die Verwendung des Ergebnisses. Die bei der Stadt vorgeschriebenen Governance-Regeln sind anzuwenden. Die Kommunalpolitik wird über den Beirat eingebunden. Er dient der frühzeitigen politischen Kommunikation und besteht aus neun Mitgliedern, sechs Mitglieder des Rates, ein Mitglied von der Duisburger Hafen AG sowie zwei Mitglieder von der Stadtverwaltung.

Die Gesellschaft kann eigenes Personal einstellen, bedient sich im Übrigen aber des Personals der Gesellschafter oder beauftragt Dritte in förderkonformer Weise zur Umsetzung der Aufträge. Es besteht keine Verpflichtung der Stadt, die Gesellschaft mit Infrastrukturprojekten zu beauftragen. Aufträge sind für die Gesellschaft kostendeckend durch die Stadt zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund sollte ein Gesellschaftskapital von 100.000 EUR ausreichen.

#### Aufträge

Die Gesellschaft wird tätig, sobald die Stadt ihr einzelne Infrastrukturprojekte oder sonstige Sonderprojekte überträgt, die eine hohe Bedeutung für den Hafen bzw. für die Stadt Duisburg haben.

Für die Übertragung des Auftrags zur Erstellung von Unterlagen, z. B. für Förderanträge sowie weitere Projektplanungsleistungen, bedarf es eines Beschlusses des Rates, der den Umfang des Auftrages beschreibt, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt und ggf. ergänzende, die übrigen Interessen der Stadt betreffende Entscheidungen trifft.

Auf Basis der mit dem Fördergeber (ggf. den Fördergebern) abgestimmten Planung bedarf es eines zweiten Ratsbeschlusses zur Umsetzung und Durchführung der Infrastrukturmaßnahme, der den Umfang des Projektes genau beschreibt, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt und ggf. ergänzende, die übrigen Interessen der Stadt betreffende Entscheidungen trifft. Insbesondere die für die Finanzierung notwendigen Eigenanteile müssen zur Verfügung gestellt werden, damit die Gesellschaft im Namen der Stadt entsprechende Förderanträge stellen kann. Die Gesellschaft berichtet regelmäßig an die Stadt zum Verlauf des jeweiligen Projektes.

Als Vorschlag für erste verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen mit hoher Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Hafens werden die Maßnahmen „Süd-West-Querspange Hamborn/Walsum 1. Bauabschnitt“ und die Umgehungsstraße Meiderich gesehen. Eine Beauftragung könnte nach Gründung der Gesellschaft erfolgen.

Die erforderlichen weiteren Beschlüsse würden dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

#### **Anlage**

Gesellschaftsvertrag DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH